

„Wie bei Radio Eriwan: Im Prinzip ja“

FDP-Chef Walter Scheel über Aussichten und Absichten seiner Partei

SPIEGEL: Herr Minister, die sozial-liberale Koalition hat die Legislaturperiode nicht durchgestanden. Woran ist die Regierung Brandt/Scheel gescheitert?

SCHEEL: Diese Regierung ist nicht gescheitert, sondern diese Regierung regiert nach wie vor kraftvoll. Wir haben aus eigenem Entschluß die Legislaturperiode abgekürzt. Aber nicht, weil die Regierung eine schlechte Politik gemacht hätte, sondern weil im Parlament selbst, ohne daß der Wähler daran hätte mitwirken können, eine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse

SPIEGEL: Ist das Korruption?

SCHEEL: Dieses ist allerdings eine besonders interessante Form politischer Sittenverderbnis. Bei den bayrischen Kommunalwahlen etwa mußten die Wähler davon ausgehen, daß es sich um eine neue politische Strömung handelte. Und jetzt müssen sie erkennen, daß ihr Parteigründer nur eines erreichen wollte: einen sicheren Platz auf der Liste der CSU für sich selbst. Diese Art politischer Täuschung hat es in dieser Dimension bislang noch nie gegeben — jedenfalls nicht in der Geschichte der Demokratie in Deutschland.

SCHEEL: Die Tatsache, daß eine Zahl von SPD-Abgeordneten ihre Partei verlassen hat, ist ja eigentlich noch überraschender, weil ja die SPD die führende Regierungspartei ist. Es muß also schon andere Gründe gegeben haben für das, was wir erlebt haben.

SPIEGEL: Machen Sie es sich da nicht zu leicht?

SCHEEL: Unsere Entscheidung vom Herbst 1969, die Koalition mit der SPD zu suchen, hat sicherlich unsere Partei — nach jahrzehntelanger Zusammenarbeit mit der CDU — in ihrer damaligen Struktur stark beansprucht. Aber die Tatsache, daß eine ganze Anzahl von SPD-Abgeordneten aus ihrer Partei ausgetreten ist, zeigt, daß das nicht der entscheidende Grund war. Es gab also andere Gründe. Es wird sich vielleicht im Laufe der Zeit noch herausstellen, welche Gründe maßgebend gewesen sind.

SPIEGEL: Welche Garantie können Sie für die Beständigkeit einer neuen FDP-Bundestagsfraktion übernehmen?

SCHEEL: Die neue Bundestagsfraktion besteht aus Mitgliedern, die gewählt worden sind von einer Partei, die eine so starke Homogenität aufzuweisen hat wie selten in ihrer Geschichte. Ich glaube, Sie werden mir zugeben, daß der Zustand der FDP heute als Partei ein objektiv guter ist. Die Partei ist in sich geschlossen, sowohl in der Vorstellung über ihr politisches Programm als auch in der Entschlossenheit, ihre Politik in praktisches Handeln umzusetzen. Und sie ist auch geschlossen, wenn es darum geht, jetzt der Öffentlichkeit zu sagen, mit welchem Partner sie ihre Politik verwirklichen will.

SPIEGEL: Nachdem sich Ihre Partei zur Fortsetzung der liberalsozialen Koalition festgelegt hat, könnte sie manchem Wähler als bloßes Anhängsel der SPD erscheinen.

SCHEEL: Wir haben bislang ja nicht etwa auf der Basis der Vorstellungen der SPD zusammengearbeitet, sondern als zwei unabhängige Parteien. Wer also diese spezifische Art der Politik fortgesetzt sehen will — nämlich realistische Entscheidungen in der Außenpolitik und solide Reformen in der Innenpolitik —, wer diese Politik fortgesetzt sehen will, der muß FDP wählen. Wenn jemand eine rein sozialdemokratische Politik haben will, dann ist es



Scheel beim SPIEGEL-Gespräch im Außenministerium*

eingesetzt hat, über deren Hintergrund ich im Augenblick gar nichts sagen möchte.

SPIEGEL: War Korruption im Spiel?

SCHEEL: Ich muß sagen, es bedarf einer sehr genauen Diskussion der Gesamtvorgänge, um zu erläutern und darzustellen, was hier eigentlich an politisch gefährlichen Entwicklungen der Hintergrund gewesen ist. Zum Beispiel sind die Wähler insofern hinteres Licht geführt worden, als einzelne Abgeordnete neue Parteien gegründet haben ...

SPIEGEL: ... Herr Zoglmann seine Deutsche Union und Herr Müller seine Sozialen Demokraten ...

SCHEEL: ... mit dem einzigen Ziel, sich bei der CSU einen sicheren Listenplatz zu verschaffen.

SPIEGEL: Sie teilen also den Korruptionsverdacht des Bundeskanzlers?

SCHEEL: Ich weiß nicht, ob der Bundeskanzler das gemeint hat, als er von Korruption gesprochen hat. Möglicherweise hat er nicht präzise dasselbe gemeint; für mich jedenfalls sind diese Vorgänge das Erregendste überhaupt.

SPIEGEL: Mit ihren sechs Abgänger hat die FDP-Fraktion in den vergangenen drei Jahren nahezu jeden fünften Abgeordneten verloren. War die Politik der sozialliberalen Koalition in der ziemlich konservativen FDP-Fraktion zu wenig abgesichert?

* Mit Dieter Lau, Hans Gerhard Stephani und Paul Lersch

ihm unbenommen. Aber die unterscheidet sich von der Politik der Koalition ganz erheblich.

SPIEGEL: Worin? Einige Ihrer Zielvorstellungen könnten auch von der SPD stammen.

SCHEEL: Aber nur, solange sie mit der FDP zusammen in einer Koalition ist. FDP und SPD unterscheiden sich in allen wesentlichen Bereichen deutlich.

SPIEGEL: Hätte es ohne FDP keine realistische Außenpolitik gegeben?

SCHEEL: Mein Amtsvorgänger, der jetzt Regierungschef ist, hat in seinen drei Jahren als Außenminister im Kabinett Kiesinger diese Politik nicht durchsetzen können. Das wird wohl niemand bezweifeln können.

SPIEGEL: Das lag an seinem Koalitionspartner CDU/CSU.

SCHEEL: Das will ich nicht leugnen. Aber es gibt keinen Zweifel, daß die Außenpolitik, wie wir sie jetzt betreiben haben, zustande gekommen ist, weil wir ein Bündnis mit der SPD eingegangen sind. In einer Koalition mit der CDU war es der SPD nicht möglich, diese Art der Außenpolitik zu vereinbaren. Wenn also jemand die Politik, die auf den Vorstellungen der beiden jetzt zusammenarbeitenden Parteien beruht, will, dann muß er eine dieser Parteien wählen, und zwar die, die seinem Geschmack am meisten entspricht.

SPIEGEL: Manche Ihrer Parteifreunde erwecken gelegentlich den Eindruck, es gelte in der SPD sozialistische Vorstellungen zu verhindern. Welche Reformen sind nach Ihrer Meinung gesellschaftspolitische Utopien, die von Ihrer Partei korrigiert werden müßten?

SCHEEL: Zunächst einmal kann es nicht die Aufgabe der FDP sein, die innerparteiliche Entwicklung der SPD zu beeinflussen. Es ist kein Zufall, daß manche Vorstellungen, die in den Gremien der SPD entwickelt worden sind, nicht in der Regierungspolitik ihren Niederschlag gefunden haben. Dazu gehören die sozialdemokratischen Steuerpläne. Dazu gehören die 20 Jahre zu alten Vorstellungen der SPD zur Mitbestimmung in der Wirtschaft.

SPIEGEL: Sind das sozialistische Vorstellungen, die von Ihnen abgeblockt wurden?

SCHEEL: Sozialistische Vorstellungen würden keine Chance haben, in ein Regierungsprogramm aufgenommen zu werden, dem wir zustimmen würden.

SPIEGEL: Sozialistische Vorstellungen entwickeln doch bestenfalls Randgruppen der SPD.

SCHEEL: Das mögen Randgruppen sein. Aber ich glaube, es ist doch beruhigend zu wissen, daß in der Zusammenarbeit mit uns weder diese Randgruppen eine Chance haben noch die Sozialbürokraten in der SPD unsere fortschrittliche liberale Politik bremsen können.

SPIEGEL: In welchen gesellschaftspolitischen Fragen unterscheidet sich die FDP von der SPD?

SCHEEL: Fangen wir mit dem immer wieder diskutierten Problem der Mitbestimmung in der Wirtschaft an. Hier unterscheiden wir uns im Prinzip. Die FDP vertritt eine Politik, die dem einzelnen mehr Mitwirkung einräumen soll. Die SPD will eher die Mitwirkung organisierter Gruppen stärken. Das ist ein ganz wesentliches Unterscheidungsmerkmal. Auch in der Steuerpolitik differieren SPD und FDP. Wir kommen eben in unseren Vorschlägen von einem liberalen Ansatz her. Das heißt doch, daß die FDP den mündigen Bürger in die Lage versetzen will, seine Probleme selbst aktiv zu lösen, während die SPD durch in großen Verbänden organisier-



Neue Hannoversche Presse

Die FDP bleibt in der Spur

te soziale Fürsorge den Bürger nur in eine andere Form von Abhängigkeit überführt als der vormoderne Obrigkeitsstaat.

SPIEGEL: Im Gegensatz zu Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt halten Sie Steuererhöhungen für überflüssig?

SCHEEL: Wir sind keine Steuerfettischisten, aber wenn man über Steuererhöhungen diskutiert, wollen wir immer sehr genau wissen, wofür denn diese Steuererhöhungen benutzt werden sollen. Steuererhöhungen an und für sich bringen nicht automatisch gesellschaftlichen Fortschritt. Sollen sie Reformen finanzieren, so ist es gegenwärtig unsinnig, Steuern zu erhöhen. Wir müßten diese Mehreinnahmen ja ebenso stilllegen, wie wir es mit den schon eingenommenen Milliarden Mark im Tresor der Bundesbank aus konjunkturpolitischen Gründen getan haben.

SPIEGEL: Es soll also in absehbarer Zeit keine Steuererhöhungen geben?

SCHEEL: Zunächst nein. Denn auch dann, wenn man Steuererhöhungen zur Kaufkraftabschöpfung verwendet, sind wir Liberalen ehrlich und sagen dem Bürger: Das machen wir mit zeitlich begrenzten Abgaben. Die laufen gesetzlich befristet aus, Steuererhöhungen bleiben meist in Kraft.

SPIEGEL: Auch in anderen gesellschaftspolitischen Bereichen haben SPD und FDP erkennbar unterschiedliche Auffassungen.

SCHEEL: Natürlich gibt es Unterschiede, zum Beispiel beim Paragraphen 218, wo die SPD erst jetzt nachgezogen hat. Aber keine Unterschiede, die gemeinsame Arbeit und gemeinsame Initiativen verhindern würden.

SPIEGEL: Auch nicht bei einer Reform des Bodenrechts?

SCHEEL: Auch nicht im Bodenrecht. Sie dürfen nicht glauben, daß die FDP etwa die Partei der Bodenspekulanten sein wollte oder wäre. Ganz im Gegenteil. Wir sind der Meinung, daß man die Bodenspekulation als ein Übel unserer Zeit bekämpfen muß, aber mit geeigneten Mitteln. Und deswegen haben wir weniger die Reglementierung zum Mittelpunkt unseres Denkens gemacht. Denn durch Verbote und Reglementierungen verhindern Sie ja nicht die exorbitante Preisentwicklung, sondern drücken sie nur in den grauen und schwarzen Bodenmarkt. Wir denken an eine positive Beeinflussung des Bodenmarkts, indem das umfangreiche Bodenvermögen, auch das der Kommunen, wieder mobilisiert wird.

SPIEGEL: In Ihrem Wahlkampf suchen Sie den begrenzten Konflikt mit der SPD.

SCHEEL: Wir suchen unsere Stimmen überall. Es gibt überhaupt keine Begrenzung. Wir jagen sie jedem ab. Wir wollen Stimmen haben, wo immer wir sie kriegen können. Man kann nur darüber spekulieren, in welchem Ausmaß wir neben der Ausschöpfung des klassischen Wählerreservoirs der liberalen Partei auch in die traditionellen Wählergruppen der CDU und der SPD einbrechen können.

SPIEGEL: Die Koalition wird aber nur stärker, wenn Sie der Opposition Stimmen abnehmen.

SCHEEL: Das werden wir sicherlich tun, aber ich bin auch davon überzeugt, daß auch die SPD den Versuch unternehmen wird, der CDU Wähler abzugeben, und zwar mit Erfolg. Es ist doch allzu offensichtlich, daß die CDU — ohne sich dagegen zu wehren — immer stärker unter den Einfluß bestimmter großer wirtschaftlicher Interessen gerät. Sie brauchen doch nur mal die Zeitungen aufzuschlagen.

SPIEGEL: Was meinen Sie konkret?

SCHEEL: Da nehmen Sie die Wahlanzeigen, die nicht von Parteien aufge-

geben worden sind. Da sehe ich den ehemaligen Wirtschaftsminister ...

SPIEGEL: ... Erhard ...

SCHEEL: Schiller meine ich. Ich stelle fest, der muß eine hervorragende Wirtschaftspolitik getrieben haben. Denn wie sonst könnte er, wie er doch sagt, als vollkommen unabhängiger Wissenschaftler es sich leisten, fünfmal 700 000 Mark, also 3,5 Millionen Mark, für eine Kampagne auszugeben, nur um die Weltöffentlichkeit davon zu informieren, daß er für die Marktwirtschaft ist? Wer ist eigentlich dagegen? Die Wähler werden bei der Abgabe ihrer Stimme möglicherweise völlig anders reagieren, als die Finanziere dieser fabelhaften Aufklärungskampagne es sich vorgestellt haben.

SPIEGEL: Herr Minister, die Mehrzahl der Demoskopen sagt einen knappen Wahlausgang voraus. Wollen Sie die Koalition auch dann fortsetzen, wenn SPD und FDP nach den Wahlen nur eine Stimme Mehrheit haben?"

SCHEEL: Das Ergebnis der Wahl wird in jedem Falle die mit einer Mehrheit ausgestatteten Gruppen verpflichten zu regieren. Die Mehrheit, die dazu notwendig ist, ist nicht etwa besonderen Einschränkungen unterworfen, sondern wie die CDU mit einer Stimme Mehrheit die Regierung übernehmen würde und müßte, so wird die Koalition mit jeder Mehrheit regieren. Ich will sogar weiter gehen: Nach Lage der Dinge würden sicherlich zwei Stimmen Mehrheit der Koalition heute stabiler sein als zwölf Stimmen 1969.

SPIEGEL: Wenn eine Koalition aus SPD und FDP nur eine hauchdünne Mehrheit erreicht, stehen Ihnen attraktive Angebote der CDU/CSU ins Haus. Die Union könnte Sie überdies mit dem Argument umwerben, ein Bündnis von CDU/CSU und FDP verfüge über eine breite Basis im Bundestag.

SCHEEL: Die Stabilität einer Regierung ist kein quantitatives, sondern ein qualitatives Problem. Das heißt, eine Regierung wird stabil sein, wenn sie ein vernünftiges, gemeinsames Programm entwickelt und durchsetzt. Nun muß ich Sie ernsthaft fragen, wo denn in dieser Situation sich ein gemeinsames Programm entwickeln ließe mit der CDU/CSU oder genauer gesagt: mit wem von der CDU/CSU? Mit denen, die ja sagen wollten zur Ostpolitik, oder mit denen, die nein sagen wollten, oder mit denen, die sich überhaupt enthalten haben in dieser wichtigen Frage?

SPIEGEL: Aber auch Sie rechnen mit guten Angeboten?

SCHEEL: Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei einem knappen Wahlergebnis die CDU/CSU Angebote machen wird. Das wird uns nicht überraschen. Da haben wir ja geschichtliche Erfahrung. Ich habe ja 1969 den Vorsitzenden von CDU und CSU gegenübergesessen und habe mir den ganzen Angebotskatalog angehört, der uns damals unterbreitet worden ist. Das hat

die gleichen Leute nicht daran gehindert, schon wenige Tage später zu erklären, daß sie an sich natürlich die Absicht hätten, die FDP aus allen Parlamenten hinauszukatapultieren — eine Woche nachdem das Angebot auf die Zusammenarbeit bis in die 80er Jahre in allen Ebenen der Politik bis hinunter in die Gemeinde gemacht worden war.

SPIEGEL: Inzwischen sind drei Jahre vergangen ...

SCHEEL: Die FDP hat sich nun einmal entschlossen, das, was sie will, offen zu sagen, und zwar nicht nur, was sie taktisch für eine bestimmte Legislaturperiode erreichen will, sondern auch mit welchem Partner. Es gibt niemanden, der die FDP von dem, was sie will, und dem, was sie zusagt, durch noch so

wenn Sie abstrakt fragen würden, sind diese Parteien in der Lage, ganz frei mit jeder anderen eine Koalition zu bilden, dann würde ich sagen: ja. Aber das ist nur die halbe Wahrheit, das ist wie bei Radio Eriwan: Im Prinzip ja. Aber dann fängt es erst an, interessant zu werden. Dann kommt nämlich der zweite Teil der Antwort, und der ist abhängig von der aktuellen politischen Situation. Zur Zeit muß sich die FDP für die Fortsetzung der jetzigen Regierungszusammenarbeit entscheiden. Denn wie sollten wir mit der CDU eine gemeinsame Regierungsbasis entwickeln können? Das sind doch die gleichen Leute, die sich drei Jahre lang gegen unsere Innen- und Außenpolitik gesperrt haben. So schnell wird aus Saulus kein Paulus. Ich will gar nicht ausschließen, daß das in absehbarer Zeit einmal möglich sein wird, aber es bedürfte vorher einer Änderung der Grundlagen der Politik der CDU.

SPIEGEL: Was muß sich denn bei der CDU/CSU ändern?

SCHEEL: Sie muß im Bereich der Außenpolitik ein vernünftiges Verhältnis zu der Lage, in der wir jetzt leben, entwickeln. Es stehen ja wichtige Entscheidungen wie Uno-Beitritt, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit und die Verhandlungen über MBFR* bevor. Und selbstverständlich muß die CDU/CSU auch in anderen Bereichen — ich denke

etwa an die Rechtspolitik, die Verfassungspolitik, an die Bildungspolitik — ihre Vorstellungen deutlich ändern. Sie muß in der Gesellschaftspolitik erkennen lassen, daß sie zur Zusammenarbeit bereit ist, daß sie sich von konservativer Erstarrung lösen will, auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

SPIEGEL: Wann ist die CDU/CSU reif für ein Bündnis mit Ihrer Partei?

SCHEEL: Die CDU hat in den letzten drei Jahren ihre ganze Energie darauf konzentriert, die Macht zurückzugewinnen, ohne zu sagen, was sie denn mit dieser Macht anfangen will. Sie hat also wenig getan, eine politische Plattform zu entwickeln, auf der sie Partner finden könnte. Es ist kein Zufall, daß die CDU im Augenblick keinen Partner findet. Das liegt doch nicht an den Partnern, das liegt an ihr selbst.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Multilateral Balanced Force Reductions = beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung.

Wir erklären ZUR SACHE (II)

Ludwig Erhard
Karl Schiller

Wir waren nicht immer derselben Meinung

Unsere Marktwirtschaft: Wohlstand für alle!

Für Freiheit und Stabilität.

Erhard/Schiller-Annoncen: „Fünfmal 700 000 Mark“

große Verlockungen, welcher Art auch immer, abbringen könnte.

SPIEGEL: Entsteht für die FDP eine neue Situation, wenn die CDU/CSU knapp die absolute Mehrheit erringt? Wie lange hält es die FDP dann in der Opposition aus, ehe sie der Verlockung erliegt, doch mit der Union zusammenzugehen?

SCHEEL: Die Frage stellt sich nicht. Die CDU/CSU wird, wenn sie eine knappe Mehrheit erringt, allein regieren.

SPIEGEL: Bis zum Ende der Legislaturperiode?

SCHEEL: Wenn sie das fertigbringt.

SPIEGEL: Das Hauptinteresse der FDP galt in den vergangenen Jahren einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik, die inzwischen erfolgreich abgeschlossen wurde. Was hält Sie also grundsätzlich davon ab, mit der derzeitigen Opposition zu koalieren?

SCHEEL: Wir haben im Bundestag drei völlig unabhängige Parteien. Und